

Blogger doch keine Landesverräter

Generalstaatsanwalt stellt Ermittlungen gegen Netpolitik.org ein / Suche nach Quellen der Geheiminformationen geht aber weiter / Beckedahl will Aufklärung über eventuelle Überwachung

VON MARKUS DECKER

Wenige Tage nach dem Rauschmiss von Generalbundesanwalt Harald Range hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen wegen Landesverrats gegen Netpolitik.org-Chef Markus Beckedahl und seinen Mitarbeiter André Meister eingestellt. Das teilte der vorübergehend amtierende Generalbundesanwalt Gerhard Altvater am Montag mit.

Er gehe mit dem Bundesjustizministerium davon aus, „dass es sich bei den veröffentlichten Inhalten nicht um ein Staatsgeheimnis“ im Sinne des Strafgesetzbuchs handele, hieß es. Die Ermittlungen gegen bisher unbekannte Berufsgeheimnisträger, die Dienstgeheimnisse an Journalisten weitergegeben

haben könnten, seien an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben worden.

Netpolitik.org hatte Dokumente veröffentlicht, in denen es um die Ausweitung der Internetüberwachung von Radikalen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ging. Dies hatte den Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen derart erbost, dass er Anzeige erstattete, woraufhin Range Ermittlungen wegen Landesverrats gegen Beckedahl und Meister einleitete. Kritiker sahen die Pressefreiheit bedroht.

Justizminister Heiko Maas (SPD) hatte dann vor einer Woche angekündigt, den 67-jährigen Range in den Ruhestand zu

versetzen, weil sein Vertrauen in dessen Amtsführung „nachhaltig gestört“ sei. Zuvor hatte Range dem Minister vorgeworfen, er greife in die Unabhängigkeit der Justiz ein, weil dieser auf ein Ende der Ermittlungen gedrungen hatte. Maas ließ ein von

Range bestelltes externes Gutachten durch eine Stellungnahme des Ministeriums ersetzen. Neuer Generalbundesanwalt soll im Herbst Peter Frank werden.

Regierungssprecher Steffen Seibert hob erneut hervor, dass im Bereich der Pressefreiheit „sensible Abwägungen vorgenommen werden müssen“. Beckedahl will „Transparenz darüber, ob wir im Zuge der Ermitt-

lungen Opfer von Überwachungsmaßnahmen geworden sind“. Noch seien viele Fragen offen.

Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr), André Hahn, sagte der Berliner Zeitung: „Ich bin froh, dass dieser absurde Vorgang ein Ende hat. Aber es wäre gut gewesen, das ganze Ding zu beenden, statt weiter zu ermitteln, um eventuell die Informanten herauszubekommen.“ Er fügte hinzu: „Es müsste weniger Geheimniskrämerei geben. Und wir brauchen einen umfassenden Whistleblowerschutz. Da sind andere Länder schon weiter. Außerdem missfällt mir, dass Herr Maaßen da schadlos rauskommt. Das halte ich nicht für gerechtfertigt.“